

Clear**&brief**

Energiezukunft der Schweiz: Wie weiter?

Unterschiedliche Wahrnehmungen, geteilte Meinungen und grundsätzliche Schwierigkeiten – Zitate aus den Interviews für die neue Studie «Risikowahrnehmung Energieperspektiven 2035» der Stiftung Risiko-Dialog:

«Ich verdränge so gut wie alle anderen auch, deshalb kann ich auch gut schlafen.»

«Es nützt nichts, wenn wir die erneuerbaren Energien zu sehr hohen Preisen nutzen, und die Wirtschaft sagt, wir können das nicht bezahlen, wir verlegen unseren Produktionsstandort.»

«So versteift man sich heute auf die Kernenergie und versucht mit einer ausserordentlichen Bösartigkeit, neue Energien in der Schweiz möglichst zu verhindern.»

«Ich denke, man läuft Gefahr, die Politik stärker wirken zu lassen als die Wissenschaft, und das ist vielleicht etwas kritisch.»

«Wir versteifen uns schon wieder in Grabenkämpfen. Mich bedrückt das auch, ich muss es offen sagen.»

«Es braucht eine gewisse minimale Sozialverträglichkeit.»

«Dass wir keine Entscheide fällen, wohin wir wollen, das ist das Schweizer Problem: Entscheide vor sich herschieben.»

«Was muss unsere Gesellschaft erfahren, damit sie zu anderen Entscheiden fähig ist?»

«Meines Erachtens geht es darum, dass wir bei den Szenarien wohl die Umwelt mit einbeziehen müssen, aber im Vordergrund eine sichere und günstige Versorgung steht.»

«Wenn man sich da verspekuliert, riskiert man, dass eine ganze Generation darunter zu leiden hat.»

Wie Interessenvertreter die Risiken der Energieperspektiven sehen

Weltbilder prägen Debatte

«Grossflächiger Blackout in Deutschland» titelte NZZ Online anfangs November. Eine Stromnetz-Panne liess in Millionen westeuropäischer Haushalte die Lichter ausgehen. Mit solchen Risiken der Energieversorgung beschäftigt sich die neue Studie «Risikowahrnehmung Energieperspektiven 2035» der Stiftung Risiko-Dialog. Sie geht der Frage nach, wie Menschen-, Staats- und Weltbilder die Risikowahrnehmung in der Energiedebatte bestimmen, und welche Logiken dahinter liegen.



Die Meinungen sind geteilt: Kernkraft oder erneuerbare Energien?

Das Bundesamt für Energie (BFE) erarbeitete in den letzten Monaten die Energieperspektiven 2035. In diesem Rahmen beauftragte das BFE die Stiftung Risiko-Dialog, die Wahrnehmung der Risiken zu studieren. Dafür befragte die Stiftung Interessenvertreter aus Wirtschaft, NGOs, Politik, Wissenschaft und Medien. Neben der Identifizierung der Risiken der Energiezukunft interessierte insbesondere die Frage nach den Logiken hinter den unterschiedlichen Sichtweisen.

Denkmuster und Wertorientierung

Unter anderem verdeutlichten sich die geteilten Meinungen bei der Nutzung der Kernenergie. Befürworterinnen und Befürworter sehen in der Atomkraft eine unverzichtbare Energieform, die mit beherrschbaren Risiken eine CO₂-freie Stromproduktion ermöglicht. Gegner rücken die inakzeptablen Betriebsrisiken in den Vordergrund und weisen auf die ungelöste Endlagerungsfrage hin.

Hinter diesen unterschiedlichen Sichtweisen («Brillen») stehen verschiedene Denkmuster und Wertorientierungen. Diese zeigen sich auch in anderen Debatten rund um technologische Neuerungen wie beispielsweise in der Gen-, Bio- oder Nanotechnologie.

Unterschiedliche Weltbilder

Laut dem Soziologen Niklas Luhmann gibt es in der modernen Gesellschaft verschiedene Teilsysteme wie Wirtschaft, Umwelt, soziales System oder Wissenschaft. Jedes Teilsystem beurteilt durch seine Brille die Risiken anders. Allerdings kann ein und dieselbe Person auch durch verschiedene Brillen schauen: So blickt ein Vertreter von Umweltanliegen durchaus auch durch eine ökonomische Brille auf die Energieversorgung.

Das Menschenbild der Wirtschaft ist beispielsweise geprägt vom Gedanken, dass die Menschen sich primär an ihren Bedürfnissen

sen im Alltag orientieren. Folglich steht das Thema «Energie» eher im Hintergrund. Versorgungsunterbrüche wie jener in Westeuro-

teressensvertretern fördern und die Diskussion unterstützen.

Schwierige Debatte

Dass die künftige Energiedebatte nicht einfach zu führen ist, zeigte auch das Forum Energieperspektiven, das vom BFE im Zusammenhang mit der Erarbeitung der Energieperspektiven lanciert wurde. Es konnte sich an seiner Schlussitzung vom Oktober nicht auf einen Konsens als Empfehlung an die Politik einigen. «Die Schweiz steht vor einem intensiven energiepolitischen Dialog»,

sagte die Präsidentin des Forums, Dori Schär, in ihrem Abschlussbericht. Blackouts tragen – auch wenn man sie zu vermeiden sucht – dazu bei, die Bürgerinnen und Bürger für die ungelösten Fragen der künftigen Energieversorgung zu sensibilisieren.

Matthias Holenstein, Stiftung Risiko-Dialog

Die Studie «Risikowahrnehmung Energieperspektiven 2035» ist im PDF-Format erhältlich auf www.risiko-dialog.ch. Sie beschreibt auch, welche Risiken als zentral wahrgenommen werden, und wo Konsens und Dissens besteht.



pa rücken allerdings das Thema temporär in den Vordergrund.

Die Wissenschaft ist überzeugt, dass technologisch alles machbar wäre, jedoch politische und ökonomische Faktoren hemmend wirken. Aus Sicht des Teilsystems «Umwelt» hat der Staat zum Beispiel bei Umweltanliegen einzugreifen, da gemäss dieser Sichtweise die Freiwilligkeit nicht ausreicht.

Verständnis fördern

Das Wissen um diese «Brillen» würde das gegenseitige Verständnis zwischen den In-

Aus der Studie: Thesen als Gedankenanstoss

1. Energie ist derzeit kein Thema in der Gesellschaft, weil für die Bürger keine Notwendigkeit besteht, sich mit Energiefragen zu beschäftigen. Die politische Debatte ist blockiert.
2. Alle warten auf ein Ereignis, das die Entscheidung, wie es weiter gehen soll, abnimmt. Die Verantwortung wird an zukünftige Generationen delegiert, an den Markt oder an ein unerwartetes Ereignis, das Impulse oder Klärung bringt.
3. Die energiepolitische Debatte wird aus Angst vor der Emotionalität vermieden. Der Verlauf von emotionalen Debatten ist schwierig vorherseh- und kaum steuerbar, was grosse Unsicherheiten mit sich bringt.
4. Alle ahnen, dass die Debatte geführt werden muss, wie die Kernenergie genutzt werden soll. Aber niemand will es tun. Dieser Konflikt wird auch von den Energieperspektiven nicht gelöst. Die Meinungen sind geteilt. Die Debatte beinhaltet sozialen Sprengstoff.
5. Bei Technologien und Schlüsselpersonen im Energiebereich findet ein Generationenwechsel statt. Dies birgt die Chance, die Debatte zu deblockieren – aber auch das Risiko, dass sich die Debatte weiter verhärtet.

Warum eine Kleinstadt in Rumänien ihre Probleme mit einer Grossgruppen-Methodik angeht

Dialoge für Gemeinden in Osteuropa

Covasna ist eine Stadt in den rumänischen Karpaten mit 13'000 Einwohnern. Die einst blühende Kurstadt litt in den letzten Jahren unter starker Abwanderung. Arbeitsplätze waren rar und die Entscheidungsträger der Stadt zerstritten. Im Jahr 2000 fragte die neugewählte Stadträtin Marta Tatar den Schweizer Berater Matti Straub an, sie zu unterstützen. Heute blüht die Stadt langsam wieder auf.

«Wie können wir das lösen?» lautete die Anfrage von Stadträtin Marta Tatar an Matti Straub im Januar 2000. Ihm schien klar, dass eine tragfähige Lösung nur im Dialog gefunden werden kann.

Schon bald waren die knapp zehn Entscheidungsträger aus verschiedenen Bereichen der Stadt identifiziert. Sie konnten für den Dialog gewonnen werden. Während einer einjährigen Vorbereitungsphase formte sich eine sechsköpfige Steuergruppe für das Dialog-Forum. 2002 fand die erste Future-Se-arch-Konferenz mit 49 Vertreterinnen und

Vertretern der Interessensgruppen der Stadt Covasna statt.

Visionen und Meilensteine

Die wichtigen Meilensteine im Prozess waren: 30 Jahre in die Vergangenheit zu schauen und die Ereignisse zu reflektieren, aktuelle Herausforderungen und Tendenzen für die Zukunft zu erkennen, eine starke Vision für die Stadt und wirksame Pilotprojekte zu entwickeln. Anschliessend entstanden Projekte für die Bereiche Bildung, Sport, Gesundheit, Tourismus und Verwaltung, Bür-

gerinitiativen und Förderung von Kleinunternehmen. Wichtig waren nicht nur die Grossgruppen- und Dialogforen, sondern auch das Coaching der Projektgruppen. Ebenfalls zentral für den Projekterfolg war, den Prozess und die Resultate allen zu kommunizieren, die nicht direkt involviert waren. So konnten Brücken geschlagen und neue Kooperationen ermöglicht werden. Video-Dokumentationen haben sich dabei als sehr wirksames Instrument erwiesen.

Matti Straub

Mehr Informationen zum Prozess in Covasna: www.start-artofbeginning.ch.

Matti Straub ist Organisations-Entwickler, Moderator für Grossgruppenprozesse und Präsident des Vereins «st.Art – the art of beginning».

Die Muster in der Debatte über Werbeverbote für Produkte mit gesundheitlichen Risiken

Gesundheit und Jugend: **starke Argumente**

Im Kanton Baselland hat das Stimmvolk kürzlich mit über 70 Prozent Ja-Stimmen Plakatwerbung für Tabak und Alkohol verboten. 1979 und 1993 lehnte dies das Schweizer Stimmvolk noch deutlich ab. Die Argumente Gesundheit und Jugend scheinen immer stärkere Kraft in gesellschaftlichen Debatten zu gewinnen – umso mehr, wenn Befürworter und Gegner auf unterschiedlichen Ebenen argumentieren.

Werbung für Produkte mit gesundheitlichen Risiken zu verbieten ist sehr aktuell. Viele Kantonsparlamente befürworten derzeit Plakat-Werbeverbote für Tabak und zum Teil auch Alkohol. Wie der Blick in den Kanton Baselland zeigt, scheint das Stimmvolk dem Trend der Parlamentarier zu folgen. Bald könnten für weitere Produkte mit gesundheitlichen Risiken – zum Beispiel für fett- und salzhaltige Lebensmittel – Verbote gefordert werden. In der EU sind entsprechende Diskussionen im Gang.

Gesundheit überlagert Umwelt

Werbeverbote fördern die Gesundheit und das Wohlbefinden der Bevölkerung und schützen Kinder und Jugendliche, wird argumentiert. Gesundheits-Argumente überlagern immer mehr die Umwelt-Argumente, die in den 70er- und 80er-Jahren aktuell waren. Selbst neue Technologien werden häufiger unter dem Aspekt gesundheitlicher statt ökologischer Risiken diskutiert.

Jugend – ein «knappes Gut»

Zunehmend stärkere Kraft in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen entwickelt zudem das Argument, die Jugend zu schützen. Die Demographie-Debatte und die Diskussionen über die Überalterung der Gesellschaft dürften dazu beitragen, dass die Jugend einen ganz besonderen Platz in unserer Gesellschaft einnimmt. Als zunehmend «knappes Gut» mit starkem emotio-

nen Wert soll sie immer mehr auch staatlich geschützt werden. Dies thematisieren gleich mehrere gesellschaftliche Debatten – sei es bei Sucht- und Genussmitteln, Fettleibigkeit oder Rasern.

Kommunikation aneinander vorbei

Die Argumente, Gesundheit und Jugend zu schützen, haben offensichtlich die Bürgerinnen und Bürger aus Baselland überzeugt. Dies wohl umso mehr, weil die Kommunikation zwischen Befürwortern und Gegnern in diesen Diskussionen aneinander vorbei lief.

Gegner wie auch Befürworter von Verboten nahmen für sich in Anspruch, für die Gesellschaft zu denken. Die Gegner haben den Wohlstand und die Freiheit der Gesellschaft im Kopf. Die Befürworter ereifern sich über die Gesundheit der Bevölkerung. Die Gegner des Verbots führen eher nüchtern die wirtschaftlichen Wirkungen dieser Verbote sowie die Eigenverantwortung der Bürger ins Feld. Die Mehrheit der Konsumenten könne mit den «Verführungen» der Werbung adäquat umgehen.

Die Befürworter der Verbote engagieren sich in der gesellschaftlichen Suchtproblematik, schildern Menschen, deren Eigenverantwortung wegen ihres jugendlichen Alters oder einer Lebenskrise eingeschränkt ist. Sie erzählen vom Schicksal betroffener Alkoholkranken und Jugendlichen, die vom Konsumangebot überfordert sind. So



Werbung gegen Werbeverbote.

wird in dieser Debatte auf ein Gesundheitsargument der Befürworter (Tabakkonsum ist die wichtigste Ursache für vorzeitige Sterblichkeit) von den Gegnern ein Wirkungsargument (Werbeverbote bewirken nicht weniger Konsum) angeführt und umgekehrt.

Unterschiedliche Staatsbilder

Hinter diesen Diskussionen stehen unterschiedliche Gesellschafts-, Staats- und Menschenbilder. So sehen die einen beispielsweise den Staat in einer subsidiären, die anderen in einer paternalistisch-fürsorgenden Rolle. Und je mehr sich die öffentlichen Debatten um solch emotionale besetzte Themen wie Gesundheit und Jugend drehen, desto stärker kommen diese grundlegenden Unterschiede zum Tragen.

Katrin Meier, Stiftung Risiko-Dialog

Eigenverantwortung **kontra** menschliches Leid

Niemand bestreitet die Folgen des Tabak- und Alkoholkonsums, die dadurch ausgelöst Gesundheitsschäden und -kosten, den enormen volkswirtschaftlichen Schaden und das grosse menschliche Leid. Umso mehr ist es enttäuschend, dass dem Gesetz unter dem Vorwand persönlicher Freiheit und der Gewerbefreiheit wichtige Zähne gezogen worden sind.

Madeleine Göschke, Grüne

Keine Werbeverbote, mehr Eigenverantwortung: Mit dieser Forderung unterstützt die SVP die freiwilligen Werbebeschränkungen der Industrie.

Thomas de Courten, SVP

Ein Ja zum Gesetz wäre ein deutliches Zeichen, dass die Gesundheit der Jugend dem Landrat ein wichtiges Anliegen ist.

Rita Bachmann, CVP

Das Gesetz zielt in Richtung Jugendschutz, trifft aber die Wirtschaft.

Thomas de Courten, SVP

Auszüge aus den Protokollen der Landratssitzungen vom Juni 2006 des Kantons Baselland zum kantonalen Alkohol- und Tabakgesetz.

Neu beim Risiko-Dialog



Die Stiftung Risiko-Dialog erweitert im Dezember ihr Team: Dr. phil. Matthias Nast (Bild) wird neu als Projektleiter zu Themen des gesellschaftlichen Wandels tätig. Matthias Nast lernte die Stiftung Risiko-Dialog anlässlich des ersten Pervasive-Computing-Dialoges im Jahr 2005 kennen, an dem er als Projektleiter der Stiftung für Konsumentenschutz (2001 bis 2006) beteiligt war. Sein Interesse an ICT und Neuen Medien zeigt sich auch in den diversen Multimedia-Projekten, die er in den letzten Jahren geleitet und begleitet hat.

Neben der Stiftungstätigkeit bleibt der 40-jährige Matthias Nast weiterhin Dozent an der Privaten Hochschule Wirtschaft in Bern, wo er Schweizer Wirtschaftsgeschichte und Europäischen Zeitgeist unterrichtet. An der Universität Bern hatte Matthias Nast Geschichte, Politische Wissenschaften und Allgemeine Ökologie studiert.

Impressum

riskBrief wird herausgegeben von:
Stiftung Risiko-Dialog
Zürcherstrasse 12
CH-8400 Winterthur
Tel. +41 (0)52 262 76 11
Fax +41 (0)52 262 76 29
info@risiko-dialog.ch
www.risiko-dialog.ch

Redaktion: Marianne Hager-Huber,
Stiftung Risiko-Dialog
Bilder: Kernkraftwerk: Foto Xpo (S.1)
Bauernhaus: Schweizerische Vereinigung für Sonnenenergie SSES (S.1)
Schweizer Werbung sw (S.3), Uetlibergtunnel: Amberg Engineering AG (S.4)

Produktion: panta rhei pr gmbh,
Amriswil/Zürich, © 2006

Briefing

Freitag, 12. Januar 2007
ETH Zürich

Katastrophenszenarien vs. Cost-Benefit-Analyse

Bjorn Lomborg stellte in seinem Buch «The Skeptical Environmentalist» die allgemeine Verschlechterung des Zustands der Umwelt in Frage. Damit löste er eine breite Diskussion aus. An dieser Debatte knüpft dieser Anlass an. Im Mittelpunkt steht das Verhältnis von wissenschaftlichen Ergebnissen und öffentlichen Diskursen – nicht auf Umweltfragen beschränkt, sondern im Kontext der naturwissenschaftlichen Forschung generell. Dies zum Beispiel in den Bereichen Nano- und Gentechnologie sowie Kernkraft. Bjorn Lomborg ist Hauptreferent.

Organisation: *Avenir Suisse und ETH Zürich*
Information: www.avenir-suisse.ch

Do/Fr, 25./26. Januar 2007
Zug

Nationale Gesundheitsförderungs-Konferenz

Im Zentrum der Tagung stehen Interventionen im Zusammenhang mit «Gesundes Körpergewicht» und «Psychische Gesundheit». Dabei richtet sich der Fokus auf die betriebliche Gesundheitsförderung. Fachleute stellen ihre Ansätze der Intervention und Zusammenarbeit aus ihrem jeweiligen Bereich vor – unter anderem der ehemalige Bürgermeister von Bogotá (Kolumbien), Antanas Sivickas Mockus, sowie der ehemalige Geschäftsführer des Alinghi-Teams, Patrick K. Magyar. Die Konferenz in Zug fördert die intersektorale Zusammenarbeit bei der Planung und Umsetzung von Massnahmen der Gesundheitsprävention.

Organisation: *Gesundheitsförderung Schweiz*
Information: www.gesundheitsfoerderung.ch/konferenz

Aktuelles von der Stiftung Risiko-Dialog

Veranstaltungsreihe

«Risiko: Was uns bewegt!»

Donnerstag, 25. Januar 2007 Uetlibergtunnel, Westumfahrung Zürich

Die Stiftung Risiko-Dialog lädt ein, vor Ort nachzufragen: Mit welchen Risiken sind die Verantwortlichen im Tunnelbau konfrontiert? Wie ist es um die Sicherheit im Tunnel bestellt? Und: Welche Chancen bietet die Zukunft?

Der Uetlibergtunnel ist mit einer Länge von 4,4 Kilometern der längste Tunnel der neuen Westumfahrung von Zürich. Rund 60'000 Fahrzeuge passieren nach der Eröffnung im Jahr 2008 diesen Tunnel täglich – rund dreimal mehr Fahrzeuge als heute den Gotthardtunnel. Die neue Umfahrung, die bis 2010 etappenweise in Be-

trieb genommen wird, bedeutet für mehrere Agglomerationsgemeinden und für die Stadt Zürich eine Verkehrsentslastung von bis zu 50 Prozent. Gleichzeitig stellt sich nach den schweren Unfällen der letzten Jahre – wie im Mont-Blanc- und im Gotthardtunnel oder im September dieses Jahres im Viamala-Tunnel – mehr denn je die Frage, wie sicher Strassentunnels sind.

Organisation: *Stiftung Risiko-Dialog*
Information: www.risiko-dialog.ch



Wie sicher ist der neue Uetlibergtunnel?

Neues Projekt

Internet-Plattform «NanoRisiken»

Für einen verantwortungsvollen Umgang mit Nanomaterialien: Die Internet-Plattform «NanoRisiken» des Hessischen Wirtschaftsministeriums informiert in verständlicher Form über Risikofragen im

Bereich Nanotechnologien. Dabei geht es um aktuelle Ergebnisse der Forschung und den Stand der laufenden Risiko-Debatte. Die Stiftung Risiko-Dialog hat die Internet-Plattform im Auftrag des Hessischen Wirtschaftsministeriums entwickelt. Seit Oktober 2006 ist sie für die Öffentlichkeit zugänglich.

Internet-Adresse: www.nanotech-hessen.de/infoplattform-nanorisiken